

"Europa-Föderation ist lebensnotwendig" in Süddeutsche Zeitung (8. Mai 1948)

Legende: Die deutsche Tageszeitung Süddeutsche Zeitung behandelt eine Reihe der Themen, die auf der Tagesordnung des Haager Kongresses, der vom 7. bis 10 Mai 1948 stattfindet, stehen. Sie befasst sich insbesondere mit der Zukunft Deutschlands.

Quelle: Süddeutsche Zeitung. Münchner neueste Nachrichten aus Politik, Kultur, Wirtschaft und Sport. Hrsg. Friedmann, Werner; Goldschagg, Edmund; Dr. Schöningh, Franz Josef; Schwingenstein, August ; Herausgeber Dahlmann, Alfred ; Koppenwallner, Ludwig. 08.05.1948, Nr. 37; 4. Jg. München: Süddeutscher Verlag.

Urheberrecht: (c) Süddeutsche Zeitung

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"europa_foderation_ist_lebensnotwendig"_in_suddeutsche_zeitung_8_mai_1948-de-560a9c2f-83ac-49e7-8c93-33616187f964.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 15/09/2012

Europa-Föderation ist lebensnotwendig

Churchill eröffnet Paneuropa-Kongreß / Deutschland auf der Tagesordnung

Den Haag (Dena) – Ein vereinigtes Europa ist eine lebenswichtige Notwendigkeit für Europa und die Welt in dieser dunklen Stunde, erklärte der ehemalige britische Premierminister Winston Churchill am Freitag vor 800 Delegierten auf der Eröffnungssitzung des Paneuropa-Kongresses im Haag. Churchill, der Ehrenvorsitzender des Kongresses ist, führte weiter aus: Seitdem ich in Zürich im Jahre 1946 über dieses Problem gesprochen habe und seitdem unsere britische Bewegung für ein vereinigtes Europa im Januar 1947 ins Leben gerufen wurde, sind unsere Pläne durch den Gang der Ereignisse über unsere Erwartungen hinaus gediehen. Unsere Pläne sind von lebenswichtiger Bedeutung für Europa und die Welt. Churchill wies auf die wirtschaftliche Konsolidierung der 16 west- und nordeuropäischen Staaten in Paris und auf den Brüsseler Fünfmächte-Pakt hin. Den AP-Berichten zufolge forderte er als ersten Schritt zu einem föderativen Europa die Bildung eines europäischen Parlaments. Europa braucht alles, was Franzosen, alles, was Deutsche und alles, was jeder einzelne von uns zu geben vermögen. Deshalb heiße ich hier die deutsche Abordnung willkommen, die wir in unsere Mitte eingeladen haben. Er fuhr fort:

Für uns besteht das deutsche Problem darin, das Wirtschaftsleben Deutschlands wiederherzustellen und das alte Ansehen des deutschen Rufes neu zu beleben, ohne die Nachbarn Deutschlands und uns selbst einer erneuten Erstarkung ihrer Militärmacht auszusetzen.

Die Delegierten von über zwanzig Nationen, die als Vertreter fast aller sozialen Schichten erschienen waren, hörten die Rede Churchills in der Haager Ritterhalle, dem Sitz des Senats. Außer den 16 Marshall-Plan-Ländern sind auch die drei deutschen Westzonen vertreten. Aus Bayern nehmen auf Einladung der holländischen Regierung Kultusminister Dr. Hundhammer, Staatsminister Dr. Pfeiffer, Staatssekretär Dr. Schwalber und Botschafter a. D. von Prittwitz-Gaffron teil. Die 40 Abgeordneten der englischen Labour-Party, die trotz des Verbots der Parteileitung am Kongreß teilzunehmen beabsichtigten, haben, BBC zufolge, in letzter Minute abgesagt.

Dem Kongreß werden Berichte zur Billigung vorgelegt werden, die, nach UP, die folgenden Punkte behandeln sollen: Schaffung eines überstaatlichen europäischen Notrates, einer gemeinsamen europäischen Staatsbürgerschaft, eines europäischen Parlaments und einer gemeinsamen europäischen Armee. Wie verlautet, werde der wirtschaftliche Wiederaufbau Deutschlands eines der wichtigsten Probleme darstellen, die im Haag zur Sprache kommen sollen. Die französisch lizenzierte deutsche Nachrichtenagentur Kosmos will sogar erfahren haben, daß eine eventuelle Abkürzung der militärischen Besetzung Deutschlands erörtert werden wird. Das Ruhrproblem soll durch die Verbindung Deutschlands mit der europäischen Föderation gelöst werden.

Für die Organisation des Paneuropa-Kongresses zeichnen lt. AP verantwortlich: Churchills United Europe-Bewegung, die Europäische Union der Föderalisten, der französische Ausschuß für die Europa-Union, Les Nouvelles Equipes Internationales, die Unabhängige Liga für Europäische Zusammenarbeit, die Europäische Parlamentarische Union und die Liberale Internationale. (Anm. der SZ: Obwohl Vertreter europäischer Regierungen offiziell ernannt worden sind, handelt es sich also um ein privates Unternehmen. Eventuelle Beschlüsse des Kongresses, insbesondere bezüglich Deutschland, müssen unter diesem Aspekt gesehen werden.)